

Ergänzend zu dem Auszug aus der Haushaltsrede nimmt Herr Sonntag noch Stellung zu dem Antrag. Im Zusammenhang mit dem Brandschutzbedarfsplan wurde mitgeteilt, dass die Kapazitäten knapp aber noch ausreichend sind. Der Wegfall des Ersatzdienstes hat hierzu nicht unerheblich beigetragen. Er denkt, dass alle der Meinung sind, gemeinsam zu überlegen, wie man eine Berufsfeuerwehr verhindern kann. Ziel des Antrages ist es, den ehrenamtlichen Dienst für Beschäftigte der Gemeinde Eitorf attraktiver zu machen. Hier ist an Zeitgutschriften gedacht, die zum Ende der Tätigkeit abgebaut werden. Dies hätte keine, wie in der Vorlage aufgeführt, Auswirkungen auf die aktuelle Personalsituation. Alternativ kann man sich auch zusätzliche monatliche Einzahlungen in eine Zusatzversorgung vorstellen.

Herr Dr. Storch erwidert, dass mit Zeitgutschriften in dieser Form die Probleme nur verlagert und die Verschärfung der Personalsituation später entstehen wird. Versicherungstechnisch sind die Mitglieder der Feuerwehr auch schon gut abgesichert. Nach seinen Erfahrungen aus den Gesprächen mit jungen Mitarbeitern sind diese selbst mit Anreizsystemen nicht bereit, Dienst in der Feuerwehr zu leisten. Wer nicht bereits in jungen Jahren den Zugang zur Feuerwehr gefunden hat, kann später, von Einzelfällen abgesehen, hier nicht mehr begeistert werden. Auch der Vorsitzende des Fördervereins der Feuerwehr, Herr Windscheif, ist mit ihm einer Meinung, den Kindern in den Schulen das Thema „Feuerwehr“ näher zu bringen. Er schlägt eine Sitzungsunterbrechung vor, um Herrn Windscheif, der als Zuschauer anwesend ist, zu dem Thema zu befragen.

Die Ausschussmitglieder sind einverstanden. Die Sitzung wird um 18:40 Uhr unterbrochen.

Nach Ende der Diskussion mit Herrn Windscheif wird die Sitzung um 19:10 Uhr fortgeführt.

Herr Dr. Storch hält als Ergebnis aus der Diskussion fest, dass die Verwaltung gemeinsam mit der Feuerwehrführung und dem Förderverein die Ideen bündeln wird. Vorschläge und Anregungen sind jederzeit willkommen. Aus allen vorhandenen oder noch eingehenden Vorschlägen wird ein gemeinsames Konzept erarbeitet, das der Politik in der 2. Jahreshälfte 2014 zur Beratung vorgelegt wird.

Herr Sonntag ist damit einverstanden, dass über den Antrag im Rahmen eines Gesamtkonzeptes weiter beraten wird. Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass die weiteren Beratungen im Hauptausschuss erfolgen sollen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.